

Eine proaktive Rolle der Schweiz zum besseren Schutz von Zivilisten im Krieg

Bewaffnete Konflikte spielen sich immer mehr in Städten ab. Heutzutage sind 90 Prozent der Opfer von Angriffen mit Explosivwaffen in bewohnten Gebieten Zivilisten. In der Zeit von 1914 bis 1918 machten sie 15 Prozent der Opfer aus, von 1939 bis 1945 waren es 50 Prozent. Im Jahr 2018 wurden 20.384 Zivilisten durch Explosivwaffen getötet oder verletzt laut der renommierten Nichtregierungsorganisation Action On Armed Violence. Dieser Trend moderner Konflikte ist verheerend für die Zivilbevölkerung und missachtet das humanitäre Völkerrecht und die Genfer Konventionen.

Die Kriegsmaschinerien fügen der Zivilbevölkerung in Syrien, Jemen, im Irak, der Ukraine, usw. enormes Leid zu. Ganze Stadtviertel werden bombardiert, unschuldige Menschen getötet oder verstümmelt, ihre Häuser und die grundlegende zivile Infrastruktur zerstört, wie z.B. Krankenhäuser, Schulen, die Wasserversorgung und die Stromversorgungssysteme. Die Verseuchung mit explosiven Kriegsresten führt zu massiven Bevölkerungsbewegungen innerhalb und ausserhalb der Grenzen. Erst nach Jahrzehnten komplexer Minenräumarbeiten können die Menschen wieder ein normales Leben führen.

Als direkte Zeugin dieser menschlichen Tragödien fordert Handicap International (HI) einen entscheidenden Schritt der internationalen Gemeinschaft. Seit fünf Jahren engagiert sich die Organisation im von ihr mitbegründeten Internationalen Netzwerk gegen Explosivwaffen (INEW) gegen die Bombardierung von Zivilisten in bewohnten Gebieten. Ziel ist es, eine starke internationale politische Erklärung auszuarbeiten und von den Staaten verabschieden zu lassen – zum Schutze der Zivilbevölkerung und zur Unterstützung der Opfer.

Eine Gruppe von 12 Staaten, darunter die Schweiz, beteiligt sich an der Ausarbeitung dieser politischen Erklärung. HI appelliert an die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition und als Verwahrerin der Genfer Konventionen, in dieser Gruppe eine führende Rolle einzunehmen, sich proaktiv in den laufenden internationalen politischen Diskurs einzubringen und sich klarer und entschlossener, auch in der Öffentlichkeit, gegen Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung in Wohngebieten zu positionieren.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen und der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) haben im September die verheerenden Auswirkungen von Explosivwaffen auf das Leben der Zivilbevölkerung hervorgehoben. Sie bekräftigten ihre nachdrückliche Unterstützung einer politischen Erklärung und forderten die Staaten dazu auf, sich zu einer politischen Lösung für dieses wichtige humanitäre Problem zu verpflichten. Anfang Oktober trafen sich 133 Staaten und Nichtregierungsorganisationen in Wien, zu einer hochrangigen Konferenz über den Schutz der Zivilbevölkerung in städtischen Kriegshandlungen. Zum Abschluss des Treffens erklärten sich 84 Staaten bereit, eine internationale politische Erklärung dazu zu verfassen.

Die Absichtserklärungen müssen in konkrete Taten umgesetzt werden. Darüber hinaus zögern einige Staaten nach wie vor, sich zu einem internationalen Abkommen zu verpflichten. Die Verhandlungen werden in Genf am 18. November und erneut im Januar 2020 stattfinden. Sie sollen im Frühjahr 2020 zum Abschluss gebracht werden, wenn die politische Erklärung auf einer Konferenz in Dublin zur Unterzeichnung aufgelegt wird. Die kommenden Monate sind also entscheidend für den Schutz von Millionen Zivilisten, die in Kriegsgebieten leben.

Marco Kirschbaum, Geschäftsleiter von Handicap International Schweiz